

Inhalt

Hermann Krings: Vorwort	11
Bernhard Dieckmann, Jürgen Kühl, Jürgen Kunze, Johannes-Jürgen Meister, Silke Schmalfuß-Soth, Johannes Schwerdtfeger, Monika Simon	
Entwurf eines Weiterbildungsinformationssystems (WIS)	13
1. Die Notwendigkeit eines Weiterbildungsinformationssystems (WIS)	15
1.1. Zum Auseinanderklaffen geforderter und realer Entwicklungen im Weiterbildungsbereich	16
1.2. Zur Verfestigung von Gegensätzen durch die gegenwärtige Entwicklung	17
1.3. Zur Bedeutung des WIS für die Reform des Weiterbildungsbereichs....	17
2. Die Grundkonzeption eines WIS	19
2.1. Generelle Probleme von Informationssystemen und Versuch der Definition eines WIS	19
2.2. Zur Reichweite des WIS	20
2.2.1. Prinzip der Theoriebezogenheit	20
2.2.2. Prinzip der Offenheit	21
2.2.3. Zur Abgrenzung des WIS vom Weiterbildungssystem	22
2.2.4. Beziehung des WIS zu anderen Informationssystemen	22
2.3. Leitlinien des WIS	23
2.4. Ziele des WIS	24
2.5. Aufgaben des WIS	26
2.5.1. Gewinnung, Verarbeitung und Verbreitung von Daten unterschiedlichen Typs (Informationen im engeren Sinn)	26
2.5.2. Beratung	28
2.5.3. Weiterbildung des pädagogischen Personals im Weiterbildungsbereich	29
2.5.4. Weitere Aufgaben	29
2.5.5. Gefahr der Überfrachtung?	29
3. Informationsbedarf und Informationsströme im WIS	31
3.1. Ausgewählte Informationsströme	31
3.1.1. Aktuelle und potentielle Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen	31
3.1.2. Träger in der Weiterbildung	34
3.1.3. Pädagogisches Personal in der Weiterbildung	34
3.1.4. Mittelbare Weiterbildungsinteressenten	35
3.2. Probleme der Prioritätensetzung	36
3.3. Transformationsprobleme	37
4. Konsequenzen für die Institutionalisierung	39
4.1. Das WIS als selbständige Institution	39
4.2. Notwendige Eigenschaften des WIS	39

4.3.	Konkrete Normen für die Institutionalisierung	40
4.3.1.	Unabhängigkeit	41
4.3.2.	Öffentliche Kontrolle	41
4.3.3.	Informationsrechte	43
4.4.	Institutionelle Normen und gegenwärtige Strukturen	44
4.4.1.	Zuständigkeiten	45
4.4.2.	Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit bestimmten Trägern und Empfängern von Informationen	46
4.4.3.	Institutionalisierung der Beziehungen zu konkurrierenden Einrichtungen	48
5.	Das WIS und die amtliche Statistik	51
5.1.	Subsidiäre Datenproduktion durch das WIS	51
5.2.	Umfang, Grenzen und Möglichkeiten der Datenbeschaffung durch die amtliche Statistik	51
5.3.	Datenzugriff des WIS	55
6.	Mögliche institutionelle Formen des WIS	56
6.1.	Rechtsform	56
6.2.	Binnenstruktur	58
7.	Gestaltung der Einführungsphase	61
8.	Kosten und Finanzierung	63
8.1.	Kosten	63
8.2.	Finanzierung	64

Hans Brinckmann, Klaus Grimmer

Rechtsfragen der Weiterbildung, der Information und der Bildungsstatistik	67
Einleitung	68
1. Weiterbildung als staatliche Aufgabe	69
1.1. Positivrechtliche Regelung	69
1.1.1. Verfassungsrechtliche Grundlagen im Bundesrecht	69
1.1.1.1. Grundrechtliche Aspekte	69
1.1.1.2. Kompetenzrechtliche Aspekte	69
1.1.1.3. Gemeinschaftsaufgaben	70
1.1.1.4. Menschenrechtskonvention	70

1.1.2.	Verfassungsrechtliche Grundlagen im Landesrecht	70
1.1.2.1.	Landesverfassungsrechtliche Bildungsregelungen	70
1.1.2.2.	Landesverfassungsrechtliche Regelungen der Weiterbildung	71
1.2.	Allgemeine verfassungsrechtliche Begründung von Weiterbildung als staatliche Aufgabe	73
1.2.1.	Verfassungsrechtlicher Befund	73
1.2.2.	Verfassungsrechtliche Aspekte für Inhalt und Umfang von Weiterbildung als staatliche Aufgabe	74
1.2.2.1.	Grundrechtliche Aspekte	75
1.2.2.2.	Verfassungsstrukturelle Aspekte	79
1.2.2.3.	Staatliche Zuständigkeit für Weiterbildung aus der Gestaltungsmacht für das Sozial- und Wirtschaftssystem	81
1.2.3.	Verfassungsrechtliche Grenzen staatlicher Zuständigkeit für Weiterbildung ..	81
1.2.3.1.	Grenzen aus Freiheitsrechten potentieller Weiterbildungsinteressenten	83
1.2.3.2.	Grenzen aus der Rechtsstellung der Anbieter von Weiterbildung	83
1.3.	WIS als Wahrnehmung staatlicher Zuständigkeit in der Weiterbildung. Zusammenfassende Darstellung	86
2.	Vermittlung von Information und Herstellung von Öffentlichkeit als staatliche Aufgabe	88
2.1.	Die verfassungsrechtliche Position von Informationsrecht und Öffentlichkeit ..	88
2.1.1.	Der generelle Informationsanspruch	88
2.1.2.	Begriff und Funktion der Öffentlichkeit und des Öffentlichen im demokratischen und sozialen Rechtsstaat	89
2.1.3.	Grundgesetz und Öffentlichkeit	91
2.1.3.1.	Die staatsorganisatorischen Bestimmungen	91
2.1.3.2.	Öffentlichkeit im Rahmen der Grundrechtsbestimmungen des GG	93
2.1.3.3.	Die Öffentlichkeit des nicht-staatlichen Bereichs	95
2.1.4.	Herstellung von Öffentlichkeit im Weiterbildungsbereich als Verfassungserfüllung	96
2.2.	Öffentlichkeit durch Informationssysteme als staatliche Aufgabe und Probleme ihrer Institutionalisierung	98
2.2.1.	Zielsetzungen für Informationssysteme	98
2.2.2.	Rechtliche Strukturprinzipien für staatliche Informationssysteme	99
3.	Verteilung der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für Weiterbildung und für Bildungsstatistik	103
3.1.	Die Problemstellung	103
3.2.	Die Zuständigkeitsverteilung im Bildungsbereich	104
3.2.1.	Gesetzgebungskompetenzen des Bundes im Bildungsbereich	104
3.2.1.1.	Prinzipien der Zuweisung durch das Grundgesetz	104
3.2.1.2.	Die Einzelkompetenzen des Bundes im Bildungsbereich	105
3.2.1.3.	Einheitliche Bildungskompetenz des Bundes oder der Länder?	107
3.2.2.	Verwaltungskompetenz des Bundes im Bildungsbereich	110
3.2.2.1.	Prinzipien der Teilung der Verwaltungskompetenz	110
3.2.2.2.	Durchführung der Bildungsgesetze des Bundes	111
3.2.2.3.	Gesetzesfreie Verwaltung	112
3.2.3.	Gemeinschaftsaufgaben im Bildungsbereich	113
3.2.3.1.	Die Zuständigkeitsverteilung für Gemeinschaftsaufgaben	113

3.2.3.2.	Kompetenzen des Bundes zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben	114
3.2.3.3.	Vereinbarungskompetenz des Bundes aufgrund von Art. 91 b GG	116
3.2.4.	Die landesinterne Zuständigkeitsverteilung für Bildung und speziell für Weiterbildung	118
3.3.	Die Zuständigkeitsverteilung für Statistik	120
3.3.1.	Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes	120
3.3.1.1.	Kompetenzrechtliche Abgrenzung der Statistik	120
3.3.1.2.	Der Bundeszweck als Abgrenzungsmerkmal	124
3.3.1.3.	Zusammenfassung	125
3.3.2.	Die Verwaltungszuständigkeit des Bundes im Bereich der Statistik	125
3.4.	Zuständigkeiten für die Bildungsstatistik und das WIS	126
3.4.1.	Zuständigkeiten des Bundes für Bildungsstatistik	126
3.4.1.1.	Abgrenzung der Bildungsstatistik	126
3.4.1.2.	Bildungsstatistik und Bundeszweck gemäß Art. 73 Ziff. 11 GG	127
3.4.1.3.	Die Durchführung einer Bundesbildungsstatistik	131
3.4.2.	Bundeszuständigkeit für das WIS	131
3.4.2.1.	Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit des Bundes für ein WIS	131
3.4.2.2.	Mitwirkungsbefugnisse des Bundes an Errichtung und Betrieb des WIS	133
4.	Rechtsprobleme der Errichtung und der Organisationsform	136
4.1.1.	Rechtliche Qualifikation der Tätigkeit des WIS	136
4.1.2.	Errichtung des WIS	137
4.1.2.1.	Staatsvertrag als Grundlage	137
4.1.2.2.	Zuweisung der WIS-Aufgaben an einen Aufgabenträger	138
4.1.3.	Die dezentralen WIS-Stellen	141
4.2.	Rechtsform für die Wahrnehmung der zentralen Aufgaben des WIS	142
4.2.1.	Kriterien für die Institutionalisierung	142
4.2.2.	Typen der Institutionalisierung	142
4.2.2.1.	Formen des Privatrechts	143
4.2.2.2.	Behördenorganisation und unselbständige Anstalt	145
4.2.2.3.	Körperschaft und Anstalt des öffentlichen Rechts	146
4.2.2.4.	Die öffentlich-rechtliche Stiftung	149
4.2.3.	Selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts als geeignete Rechtsform	150
4.3.	Organisatorische Ausgestaltung des WIS als selbständiger öffentlich-rechtlicher Anstalt	153
4.4.	Anschlußverpflichtungen und Benutzungsrechte	154
5.	Rechtspositionen des WIS gegenüber anderen Rechtssubjekten	156
5.1.	Problemaufriß	156
5.2.	Die Problematik der Erhebung, Speicherung und Weitergabe von Informationen	156
5.2.1.	Informationssammlung im privaten Bereich	157
5.2.1.1.	Informationssammlung durch Befragung	157
5.2.1.2.	Sonstige Informationssammlung	162
5.2.2.	Informationssammlung im staatlichen Bereich	162
5.3.	Publizität und Kritik	165
5.3.1.	Weitergabe von Informationen an die Öffentlichkeit	165
5.3.2.	Tatsachenbehauptungen und kritische Urteile bei der Informationstätigkeit des WIS	166
5.4.	Kontrolle von Informationssammlung, Informationsverarbeitung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit	169

Literaturverzeichnis	171
----------------------------	-----

Mitglieder	176
------------------	-----

Hinweis

Bei Verweisen innerhalb der beiden Texte wird der jeweiligen Fundstelle ein „E“ vorangestellt, wenn aus dem „Entwurf eines Weiterbildungsinformationssystems (WIS)“ zitiert wird, ein „R“, wenn aus dem Gutachten „Rechtsfragen der Weiterbildung, der Information und der Bildungsstatistik“ zitiert wird.